42 - 4.01.1993

Frachtzentrum „kein Thema mehr“

Ansinnen des Bürgers Hermann Sans vom Nackenheimer Gemeinderat abgelehnt

m. NACKENHEIM — Die Standortfrage bezüglich des ehemals auf Bodenheimer und Nackenheimer Gebiet geplanten Postfrachtzentrums ist für den Gemeinderat endgültig abgeschlossen. Aufgrund eines Schreibens des Bürgers Hermann Sans, der die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der Post vorgeschlagen hatte (wir berichteten), mußten sich die Ortsparlamentarier nochmals mit dem Thema befassen.

Nach dem derzeitigen Stand sei das Postfrachtzentrum in diesem Raum „gestorben“, erklärte CDU-Sprecher Alfred Hoffmann. Es gebe keinen Verhandlungsspielraum mehr. Die CDU sei allerdings nach wie vor für die Ausweisung von Gewerbegebiet entlang der Bahnlinie. Auch in Nackenheim sollten Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Gewerbesteuer käme allen zugute. Überraschend gab Hoffmann bekannt, daß die Gemeinde rund 2,7 Millionen Mark für die Drainage im Baugebiet „Rudelheck“ an die Anlieger zurückzahlen müsse.

Bürgermeister Günter Ollig erwiderte hierzu jedoch, bisher liege noch kein Gerichtsurteil bei der Gemeinde vor. Günter Zerbe (FWG) sprach sich für ein „Park-and-ride“-System im Unterfeld sowie die Ausweisung einer Gewerbefläche aus. Der fraktionslose Sigbert Weber lobte die Initiative der Familie Sans und die damit verbundene Überlegung zur Schaffung von Arbeitsplätzen.

Für den SPD-Sprecher Richard Speckenheuer war das Postfrachtzentrum kein Thema mehr, weil sich das Unternehmen gegen Nackenheim ausgesprochen habe. Dr. Joachim Müller erinnerte erneut daran, daß die BLN gegen ein Gewerbegebiet im Unterfeld sei. Die Grünzone müsse erhalten werden. Bei einer Gegenstimme und fünf Enthaltungen lehnten die Ortsparlamentarier das Ansinnen von Hermann Sans ab.

Die Erneuerung des Kanalanschlusses zum ehemaligen Bahnhof für rund 25000 Mark löste heftige Kritik des CDU-Sprechers Alfred Hoffmann aus, der die hohen Kosten für den Ankauf und die Sanierung des Gebäudes kritisierte. Ursprünglich sei von 120000 Mark die Rede gewesen. Die Christdemokraten rechneten jetzt mit weit über 400000 Mark.

Das Ortsoberhaupt kündigte demnächst eine Endabrechnung an. Die Erneuerung des Kanalanschlusses beschloß der Rat mit Mehrheit. Dem Nachtragsangebot der Firma Stein in Höhe von 25821 Mark zum Ausbau der Fischergasse und Bahnhofstraße entsprach der Rat nur teilweise. Der Rat lehnte mit Mehrheit die Frostschutzmaßnahmen an der Mittelrinne für 9600 Mark sowie das Kollern der Steine in Höhe von 7200 Mark ab.

Mit der Sanierung des 1751 erbauten Rathauses werden sich die Ausschüsse demnächst beschäftigen. Die Gründe liegen in der Absenkung des Fußbodens im Obergeschoß. Ingenieur Herborn von der Kreisverwaltung regte eine Spezialuntersuchung des Gebälkes durch eine Aachener Firma an. Eine unmittelbare Gefahr für Menschen bestehe nicht.

Mit einem großen Plakat protestierten einige Bürger im Sitzungssaal der Carl-Zuckmayer-Grundschule gegen die vom Rat beschlossenen wiederkehrenden Beiträge. Abwasser und Müllbeseitigung würden erheblich teurer. Die Bürger dürften nicht zu Melkkühen gemacht werden, war zu lesen.